

Das Loch in der Kasse wird grösser



Der Kantonsrat kürzt im Einklang mit der Regierung (im Vordergrund Robert Küng und Marcel Schwerzmann) auch Beiträge an die Hochschulen.

Bild Nadia Schärli

330

MILLIONEN FRANKEN

So viel Geld will der Regierungsrat in den nächsten drei Jahren einsparen.

240

MILLIONEN FRANKEN

In dieser Höhe hat die Regierung Sparvorschläge und Einnahmenerhöhungen unterbreitet.

34

MILLIONEN FRANKEN

Diese Summe hat der Kantonsrat gestern und vorgestern wieder aus dem Sparpaket gestrichen.

124

MILLIONEN FRANKEN

So viel Geld fehlt noch bis zum regierungsrätlichen Sparziel von 330 Millionen Franken.

SPARPAKET Die Regierung weiss nach fast zweitägiger Debatte, dass sie mit ihren Sparvorschlägen Mehrheiten gewinnen kann. Vollen Support erhält sie allerdings nur von einer Partei.

LUKAS NUSSBAUMER
lukas.nussbaumer@luzernerzeitung.ch

Der Luzerner Regierung steht ein intensiver Sommer bevor. Statt um 90 Millionen Franken muss sie den 3,6 Milliarden Franken schweren Kantonshaushalt um 124 Millionen entlasten. So viel Geld fehlt nach der zweitägigen Spardebatte im Kantonsrat bis zum Erreichen des Sparziels von 330 Millionen in den nächsten drei Jahren. Dies deshalb, weil das Parlament regierungsrätliche Sparvorschläge von jährlich rund 11,5 Millionen strich. Definitiv über das Sparpaket entscheidet der Kantonsrat im November und Dezember.

Finanzdirektor Marcel Schwerzmann zeigte sich gestern Abend denn auch «nicht ganz zufrieden, weil das Spar-

paket aufgeschnürt wurde». Ob die Regierung die fehlenden 124 Millionen vorab auf der Einnahmen- oder auf der Ausgabenseite kompensieren will, liess der parteilose Finanzdirektor offen. Die Regierung werde sich darüber noch vor der Sommerpause intensiv unterhalten.

Schuldenbremse erhält Obergrenze

Das Parlament stellte sich aber nicht nur gegen einzelne Sparvorschläge der Regierung, sondern brachte auch eine Korrektur an der Schuldenbremse an. Die Regierung hatte beantragt, diese für das kommende Jahr auszusetzen – ohne eine Obergrenze festzulegen. Die bürgerliche Mehrheit sah dies anders und entschied, dass das Defizit 2017 maximal 8 Prozent des Bruttoertrags einer Kantonssteuereinheit betragen darf. Das entspricht ungefähr 50 Millionen Franken. Aktuell liegt die Defizitobergrenze bei rund 25 Millionen Franken.

Nur FDP stützt Regierung

Die meisten der 77 Anträge zum Planungsbericht über das mit «Konsolidierungsprogramm 17» umschriebenen Sparpaket stammten von SP und Grünen. Auch CVP, SVP und GLP formulierten Anträge – nur die FDP nicht. Sie stellte sich auf den Standpunkt, das Sparpaket dürfe nicht aufgeschnürt werden: Nur

so könne der marode Kantonshaushalt wieder in Ordnung gebracht werden. Trotz dieser Konstellation hielt das Parlament in den meisten Fällen an der Fassung der Regierung fest – dank unterschiedlichster Allianzen. Das sind die wichtigsten Beschlüsse:

- Der Grundbedarf für Asylbewerber wird um 50 Rappen auf 11 Franken pro Tag reduziert. Entlastung für den Kanton: 300 000 Franken.
- Bus und Bahn müssen ihren Kostendeckungsgrad erhöhen. Das bringt dem Kanton 1 Million.
- Die Luzerner Polizei wird ihren Personalbestand nicht so schnell aufstocken wie ursprünglich geplant. Das führt zu einer Einsparung von 1,2 Millionen.
- Der Pendlerabzug wird auf 6000 Franken begrenzt. Dadurch nimmt der Kanton pro Jahr 5,9 Millionen mehr ein.
- Der Eigenbetriebsabzug von 2000 Franken wird gestrichen. Das führt zu höheren Steuern im Umfang von 6,9 Millionen – dank der CVP, die sich in dieser Frage gegen einen Antrag der SVP stellte. Laut Sprecherin Inge Lichtsteiner (Egolzwil) tat sich die CVP damit schwer: «Wir müssen Kreide fressen und eine sehr grosse Kröte schlucken.» Die CVP als Familien-
- Kantonsangestellte müssen ab 2017 pro Woche 1,25 Stunden länger arbeiten. Sparpotenzial: jährlich 5 Millionen.
- Lehrer müssen künftig eine Lektion pro Woche mehr unterrichten. Das entlastet den Kanton um 8 Millionen.
- Die Dienstaltersgeschenke für Kantonsangestellte werden abgeschafft. Damit spart der Kanton 200 000 bis 300 000 Franken. Die CVP beantragte erfolglos, auf die vollständige Streichung sei zu verzichten.
- Der kantonale Beitrag an die gemeindlichen Musikschulen wird halbiert. Sparbeitrag: 1,8 Millionen.
- Die Kantonsbeiträge an die Hochschulen werden um 6 Millionen gekürzt.



«Die CVP muss eine sehr grosse Kröte schlucken.»

INGE LICHTSTEINER,
CVP, EGOLZWIL

Personalverbände kritisieren die Sparmassnahmen scharf

REAKTIONEN jon/mst. Staatsangestellte erhalten künftig kein Dienstaltersgeschenk mehr. Will heissen: Nach jeweils zehn Dienstjahren haben die Mitarbeiter nicht mehr Anrecht auf einen besoldeten Urlaub oder in Ausnahmefällen dessen Auszahlung. So hat der Kantonsrat gestern klar mit 88 zu 28 Stimmen entschieden. Zudem müssen sie 1,25 Stunden pro Woche mehr arbeiten. Auch die Lehrer sind betroffen – sie haben eine Lektion pro Woche mehr zu unterrichten.

«Wir werden nicht aufgeben»

Beim Luzerner Staatspersonalverband (LSPV) ist man «enttäuscht» über den Beschluss. Geschäftsführerin Helga Christina Stalder sagt zur Erhöhung des Wochenpensums auf 43,25 Stunden: «Damit kann sich der Kanton nicht mehr als attraktiven Arbeitgeber bezeichnen.» Zudem befürchtet sie einen Abbau von Stellen, insbesondere von Teilpensern.

Zur Streichung des Dienstaltersgeschenks sagt Stalder: «Es tut sehr weh, dass dieser Bonus nun noch ganz wegfallen soll.» Die Mitarbeiter des Kantons hätten es verdient, dass ihr jahrelanger Einsatz gewürdigt werde. Besonders für jene Mitarbeiter, die ihrem Arbeitgeber bis dato jahrzehntelang treu geblieben sind, sei es eine besonders harte Massnahme. «Das zeugt von wenig Wertschätzung seitens des Kantons.»

Laut Stalder birgt der Wegfall des Dienstaltersgeschenks kein grosses Sparpotenzial. Deshalb hätte es gerettet werden sollen. «Das Vertrauen in den Arbeitgeber und der Glaube an die Wertschätzung für den langjährigen Einsatz sind damit verloren gegangen», sagt Stalder.

So zeige auch eine Umfrage bei den Mitgliedern, die der Verband Anfang Mai lancierte, dass eine grosse Mehrheit von den jährlich wiederkehrenden Sparpaketen der Regierung genug hat. «Genug ist genug», zitiert Stalder eine gängige Rück-



«Etliche Angestellte sind bereits jetzt am Anschlag.»

MARTIN WYSS,
VERBAND DES PERSONALS
ÖFFENTLICHER DIENSTE

meldung der Mitglieder aus der Umfrage. Uneinig seien sich die befragten Angestellten jedoch darin, wie man etwas dagegen bewirken könne. Deshalb schaue man beim LSPV gespannt auf die zweite Lesung des KP 17 im Herbst. Stal-

der: «Bis dahin kann noch viel bewirkt werden. Wir werden nicht aufgeben.»

Personal «am Anschlag»

Auch der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) des Kantons Luzern ist überhaupt nicht angetan von den Sparmassnahmen. So sagt Geschäftsstellenleiter Martin Wyss, dass die Arbeitszeiterhöhung beim Personal der kantonalen Verwaltung «extrem schlecht ankommt. Wir sehen, dass das Personal immer mehr Aufgaben erhält und gleichzeitig immer weniger Ressourcen hat. In etlichen Abteilungen sind Angestellte wegen der Arbeitsbelastung bereits jetzt am Anschlag.» Die Sparmassnahmen würden über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden. «Ein sozialpartnerschaftlicher Dialog auf Augenhöhe fehlt», kritisiert Martin Wyss.

Im Herbst wird entschieden

Beim Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverband (LLV) ist man ebenfalls

enttäuscht, wie Präsidentin Annamaria Bürkli erklärt: «Nun gehört der Kanton Luzern zu den demotivierendsten Arbeitgebern in der Schweiz. In Sachen Arbeitsbedingungen landen wir damit im schlechtesten Drittel sämtlicher Kantone.» Auf die Frage, ob die in unserer Zeitung angesprochenen Massnahmen, wie Schulreisen und Klassenlager streichen, durchgeführt werden, sagt Bürkli, dass erst nach dem definitiven Entscheid im Herbst darüber entschieden werde. Auch bei Arbeiten für die Öffentlichkeit soll der Aufwand reduziert werden. Das sei kein direkter Streik der Lehrer, aber es seien Abbaumassnahmen im Umfang der «aufgebrummten Mehrarbeit».

Bürkli betont, dass ihr vor allem das gestrichene Dienstaltersgeschenk für Kantonsangestellte zu denken gibt: «Es ist nur eine kleine Geste. Ich hätte gehofft, dass wenigstens diese Wertschätzung gegenüber den Angestellten erhalten bleibt.»